

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

27.06.2023

Inhalt

EWN

1 MV benötigt Fachkräfte von außerhalb <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 27.06.2023</i>	3
2 Klimaschützer bekleben Haus von LNG-Betreiber <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.06.2023</i>	4
3 Atommüll bleibt länger in Geesthacht als vorgesehen <i>shz.de (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag), 26.06.2023</i>	5
4 Messflüge zeigen erhöhte Radioaktivität über Mühleberg <i>berneroberlaender.ch, 26.06.2023</i>	7

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 27.06.2023 | S. 13

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

MV benötigt Fachkräfte von außerhalb

Schwerin. Zwischenergebnisse einer Studie zur Fachkräftestrategie in MV identifizieren die Demografie als Hauptursache für die Engpässe. „Mecklenburg-Vorpommern benötigt Fachkräfte von außerhalb des Bundeslandes und gezielte Weiterqualifizierung der vorhandenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, sagte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) gestern in Schwerin. Der Analyse der Prognos AG zufolge sinkt ab 2025 das Fachkräfteangebot in MV stetig, im Jahr 2030 könnte die Angebotslücke demnach bereits zwischen fünf und acht Prozent liegen.

Meyer rief daher alle Akteure auf, an einem Strang

zu ziehen und Handlungsempfehlungen umzusetzen. Als Kernaufgabe identifizierte er die Attraktivität des Standortes für potenzielle Beschäftigte. „In neun Berufsgruppen wird nach den Prognos-Berechnungen im Jahr 2030 mindestens mehr als jede zehnte Stelle nicht mehr besetzt werden können“, hieß es. Das Ministerium sieht die konkreten Herausforderungen unter anderem bei fehlenden Ressourcen zur Fachkräftesicherung in kleinen und mittleren Unternehmen, den Gehältern im Vergleich zu anderen Bundesländern und Sprachbarrieren für Menschen aus dem Ausland. *dpa*

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.06.2023 | S. 15

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

„FEIGE UND ASOZIAL“

Klimaschützer bekleben Haus von LNG-Betreiber

Gegen den Gründer von Regas haben Aktivisten nun in Potsdam protestiert.

Die Welle des Protestes gegen das geplante LNG-Terminal auf der Insel Rügen schwappt bis nach Potsdam, in den Heimatort des Gründers und Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Regas, Stephan Knabe.

Klimaaktivisten haben in der Nacht zu Montag das Geschäftshaus von Knabe mit Plakaten beklebt, der in dem Haus in der Schiffbauergasse ein Steuerberatungsbüro betreibt. Mit der Aktion sollten nach Angaben der Aktivisten dessen Verstrickungen in den LNG-Ausbau vor Rügen skandalisiert werden. Auf Plakaten war zu lesen „Wussten Sie? Hier arbeitet ein Umwelt- und Klimakiller“ oder „Dr. Knabe & Regas. Raus aus Rügen“.

Knabe verurteilte die Form des Protestes. „Diese Klimaaktivisten sind einfach nur feige. Sie machen das in der Nacht. Sie wollen keinen Dialog haben, sondern nur auffallen.“ Einschüchtern lasse er sich durch die Aktion nicht. „Ich halte das für asozial und kriminell.“ Diesen kommunikativen Stil beobachtete er zum Teil auch bei Umweltverbänden wie die DUH. Statt auf den Austausch von Argumenten zu setzen, werde er beschuldigt.

Protest gegen das Vorhaben der Deutschen Regas, in Mukran zwei schwimmende LNG-Terminals zu errichten, kannte man bislang vor allem von der Insel Rügen. Nun klebten Klimaschützer Plakate an ein Fitnessstudio im Erdgeschoss von Knabes Potsdamer Geschäftshaus und verteilten Flyer in dem Viertel.

Die Klimaaktivisten werfen der Deutschen Regas vor, mit dem Bau des LNG-Terminals in Mukran die Klimakrise anzufachen. „Der massive Ausbau von LNG-Terminals und Pipelines führt zu einem fossilen Lock-

In und schafft langfristige Abhängigkeiten mit u. a. den USA und Katar“, so eine Klimaaktivistin, die sich Karina Sulze nennt. Sie warnten vor einer „ungeheuren Industrialisierung der Ostsee“ und der Zerstörung von Stränden und Fischbeständen. Der Bau des Terminals vor Rügen sei ein Ausbau fossiler Energien mit der Brechstränge. Mit dem Bau würden Überkapazitäten geschaffen.

Vorwürfe, die Knabe nicht stehen lassen will. Das Projekt kompensiere lediglich wegfallende Gasströme aus Russland. Nach der Bauphase belaufen sich die Schiffsbewegungen auf ein Minimum. „Ich hätte mich gefreut, Frau Sulze wäre ihre Fragen auf einer unserer Info-Veranstaltungen in Binz, Sassnitz oder Baabe losgeworden.“

Ob er Anzeige erstatte, habe er noch nicht entschieden, sagte Knabe. „Sachbeschädigung ist nicht der richtige Weg der Kommunikation.“ Zumal in diesem Fall auch ein unbeteiligter Dritter betroffen sei. Knabe spricht sich für ein konsequentes Vorgehen aus. „Ich bin traurig, dass durch unsere Politik so toleriert wird, dass auf dem Kurfürstendamm, auf Sylt und jetzt auch hier Unternehmen beschädigt werden.“ Die Aktionen zeigten, dass sich Klimaaktivisten außerhalb der gesellschaftlichen Normen bewegen.

Die Bundesregierung will das Terminal in Mukran noch vor der Sommerpause in das LNG-Beschleunigungsgesetz (LNGG) aufnehmen. In der vergangenen Woche hatten die Bundestagsabgeordneten in erster Lesung sehr hitzig über die Aufnahme Mukrans in das Gesetz diskutiert. Die Projektbetreiber wollen eigenen Angaben nach im August mit den Bauarbeiten beginnen - vorausgesetzt, die Genehmigung liegt vor.

NEBEN KRAFTWERK KRÜMMEL**Atommüll bleibt länger in Geesthacht als vorgesehen**

Der Bau ist nahezu fertiggestellt, aber für die Inbetriebnahme fehlt noch die Genehmigung: Am Kernkraftwerk Krümmel an der Elbe bei Geesthacht kann demnächst ein neues, zweites Atommülllager in Betrieb gehen. Der Energiekonzern Vattenfall hat es für schwach- und mittelradioaktive Abfälle direkt neben dem Lager für hochradioaktiven Müll errichtet und die Genehmigung für die Nutzung beim Land beantragt. Betreiben wird das Lager dann nach Erteilung der behördlichen Erlaubnis die Bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ).

„Ich hoffe, dass es sich nicht zu lange verzögert, und auch, zu einer Endlagerlösung zu kommen“, sagt Olaf Schulze, Bürgermeister von Geesthacht. Hintergrund: Ein Endlager, in dem die Castorbehälter mit stark strahlenden Brennelementen aus dem einst leistungsstärksten Siedewasserreaktor der Welt verwahrt werden können, ist nicht absehbar.

Lager Schacht Konrad in Niedersachsen verzögert sich

Und: Der Schacht Konrad als Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle verzögert sich weiter. Von der Nutzung beider Lagerstätten hängt ab, wie lange der Atommüll in Krümmel noch bleiben wird. „Hier darf es jedenfalls nicht zum Endlager werden“, stellt Schulze klar, Politik und Gesellschaft seien gefordert.

Schacht Konrad befindet sich in Salzgitter in Niedersachsen und sollte eigentlich 2027 in Betrieb gehen. Nach und nach sollten dann kontaminierte Materialien aus dem Betrieb der Atomkraftwerke und Forschungseinrichtungen dort sicher eingeschlossen werden. Nach Einschätzung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist dieser Termin nicht mehr zu halten.

300.000 Kubikmeter radioaktiven Mülls

Das Unternehmen wird künftig deutschlandweit sämtlichen Atommüll lagern. Das frühere Eisenerzbergwerk

wird gerade zum Endlager umgebaut, die BGE geht davon aus, dass das mindestens zwei Jahre länger dauern werde. Bis gut 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle sollen hier unterirdisch eingelagert werden.

Unterdessen hat die BGZ mit ihren rund 600 Beschäftigten eine neue Geschäftsführerin bekommen. Zum 1. Juni hat Bettina Hesse die Aufgabe übernommen. Die 49-jährige Juristin leitet die BGZ nun gemeinsam mit dem technischen Geschäftsführer Wilhelm Graf und dem kaufmännischen Geschäftsführer Lars Köbler. Die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle sei eine „sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Ich freue mich darauf“, sagt Bettina Hesse als neue Vorsitzende der Geschäftsführung zu ihrem Dienstantritt.

Zuletzt war sie Leiterin der Abteilung Zentrale Dienste im Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Die 2017 gegründete BGZ mit Hauptsitz in Essen betreibt an 16 Standorten dezentrale und zentrale Zwischenlager für schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle.

Bei einem Treffen für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Standortgemeinden informierte die BGZ über aktuelle Entwicklungen. Ein wichtiges Thema war der neue Zeithorizont bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle und die daraus resultierenden längeren Zwischenlagerzeiten. „Die verlängerte Zwischenlagerung betrifft in erster Linie die Standortgemeinden, da die hochradioaktiven Abfälle hier deutlich länger vor Ort bleiben werden, als ursprünglich vorgesehen“, so Bettina Hesse.

Für die Genehmigung müssen technische Fragen beantwortet werden

Dr. Michael Hoffmann, Bereichsleiter Betrieb bei der BGZ, erläuterte, dass man sich auf eine Zwischenlagerung deutlich über den bisher genehmigten Zeitraum von 40 Jahren vorbereite. Im Zuge der neu zu führenden Genehmigungsverfahren für die Betriebsverlän-

gerung der Lagerstätten müssten viele technische Fragen beantwortet werden.

Dazu verfolgt die BGZ ein umfassendes Forschungsprogramm, in dessen Rahmen sie Alterungseffekte der Castor-Behälter betrachtet. Hoffmann: „Wir sind davon überzeugt, die sichere Aufbewahrung der hochradioaktiven Abfälle so lange gewährleisten zu können, bis alle Behälter an das Endlager abgegeben sind.“

Lage der umliegenden Kommunen soll berücksichtigt werden

„Wir werden die Zwischenlagerung weiterhin kritisch begleiten, insbesondere die anstehenden Genehmigungsprozesse für die verlängerte Zwischenlagerung. In diesem Prozess muss die Lage der Standortkommunen berücksichtigt werden, denn wir vor Ort leben direkt an den Zwischenlagern“, erklärte Stefan Martus, Bürgermeister von Philippsburg und Gastgeber der Tagung.

Dem pflichtet Schulze bei. „Wir haben uns in Geesthacht immer mit dem Betrieb des Kernkraftwerkes auseinandergesetzt und haben auch jetzt eine intensive Begleitung vor Ort“, so Schulze.

WEGEN RÜCKBAUS DES AKW

Messflüge zeigen erhöhte Radioaktivität über Mühleberg

Bei Messflügen über dem AKW Mühleberg, das derzeit zurückgebaut wird, hat ein Helikopter der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) bei Messflügen innerhalb des Betriebsareals eine erhöhte radioaktive Ortsdosisleistung festgestellt. Es handelt sich gemäss NAZ um «keine ungewöhnlichen Werte».

Die erhöhte Ortsdosisleistung über dem Betriebsareal sei auf Material aus den Stilllegungsarbeiten zurückzuführen, das auf dem Areal sicher zwischengestapelt werde. Dies steht im am Montag publizierten Bericht zu den NAZ-Messflügen im Zeitraum vom 19. bis 23. Juni.

Dieses Material enthält demnach das Aktivierungsprodukt Cobalt-60, das von den Messgeräten der Aeroradiometrie identifiziert wurde. Die Ortsdosis am Peri-

meter des Betriebsareals werde laufend überwacht. Die entsprechenden gesetzlichen Grenzwerte würden eingehalten, heisst es im Bericht weiter.

«Keine ungewöhnlichen Werte» Insgesamt seien jedoch «keine ungewöhnlichen Radioaktivitätswerte» festgestellt worden. Auch seien im Vergleich mit den Messresultaten der Vorjahre keine Veränderungen festgestellt worden. Das gilt gemäss Bericht auch für Messflüge über dem AKW Gösgen SO.

Das AKW Mühleberg wurde im Dezember 2019 abgeschaltet und der Leistungsbetrieb eingestellt. Der Rückbau des AKW sei noch nicht abgeschlossen, das Areal und die Umgebung würden weiterhin überwacht und die Notfallschutzzonen bestünden unverändert, steht im NAZ-Bericht.